FRIEDENS JOURNAL

Globale Solidarität statt Blockaden und Wirtschaftskrieg!

- China: Partner oder Gegner?
- Der Niedergang der USA und der Aufstieg Chinas
- Eskalation der transatlantischen Spannungen
- Hilfe statt Sanktionen – Wirtschaftsblockaden ächten
- US-Sanktionen gegen Staaten, die Ärzte aus Kuba einstellen?

Herausgeber:
Bundesausschuss
Friedensratschlag

Juli - August 2020/Nr. 4

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 29.6.2020

Forderung an die deutsche Politik: Globale Solidarität statt Blockaden und Wirtschaftskriege!

SCHWERPUNKT

China: Partner oder Gegner? 3

Der Niedergang der USA und der Aufstieg Chinas 6

Eskalation der transatlantischen Spannungen 8

Hilfe statt Sanktionen – Wirtschaftsblockaden ächten 10

US-Sanktionen gegen Staaten, die Ärzte aus Kuba einstellen? 13

FRIEDENSBEWEGUNG

Für ein Ende der Blockade gegen Kuba 12

In eigener Sache: Corona-Schwerpunkt 14

Aufruf gegen Kampfjets für Atombomben 14

RUBRIKEN

Der grüne Kalte Krieg 9

Friedensnetz Baden-Württemberg 15

Buchbesprechung: Imperium USA 16

IMPRESSUM

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Spendenbeitrag von mindestens 15 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.

Herausgeber:
Bundesausschuss Friedensratschlag
Germaniastraße 14, 34119 Kassel
www.friedensratschlag.de

Redaktion:
Lühr Henken, Werner Ruf, Horst Trapp, Ewald Ziegler, V.i.S.d.P.: Karl-Heinz Peil

Redaktionsanschrift:
Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,
Wilhelm-Leuschner-Straße 69 –77,
60329 Frankfurt am Main
e-Mail: info@frieden-und-zukunft.de

Kontoverbindung:
Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
Frankfurter Sparkasse
IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90
BIC: HELADEF1822

Internetausgabe des Friedensjournals:
auf www.frieden-und-zukunft.de einschließlich digitalem Archiv ab 2010.

ISSN 2193-9233

Vor genau acht Jahren (Ausgabe Nr. 4/2012 - im Online-Archiv abrufbar) hatten wir als Überschrift auf der ersten Seite stehen: "USA - Imperium im Niedergang". Im Editorial stand damals folgender Satz:
"Wir erinnern daran, dass bereits vor längeren Jahren der weltweit bekannte Friedensforscher Johan Galtung den Zusammenbruch des US-Imperiums bis 2020 vorausgesagt hat."

Liebe Leserinnen und Leser,

mit dem Beginn der deutschen Ratspräsidentschaft in der EU im zweiten Halbjahr 2020 stellt sich die Frage nach der Rolle EU-Europas unter ohnehin bereits vorhandener deutscher Dominanz. Gegen die eskalierenden Konflikte im sich herausbildenden multipolaren System, vor allem durch das Erstarken Chinas gegenüber den USA, könnte Deutschland eigene Akzente setzen. Vor allem die erpresserischen Blockaden und Wirtschaftssanktionen der US-Administration müssten entschieden zurück gewiesen werden. Zumal die Bewältigung der Corona-Pandemie mehr denn je eine globale, solidarische Zusammenarbeit erfordert.

Klar ist jedenfalls: Der Niedergang des US-Imperiums beschleunigt sich rapide, was dort innenpolitisch durch die dramatischen Wirkungen der Corona-Pandemie in Verbindung mit den Massendemonstrationen gegen Rassismus erfolgt.

Sicher ist bereits jetzt: Das aggressive Verhalten der US-Politik hat sich in den letzten Monaten noch deutlich verschärft. Dieses erfolgt vor allem durch einen mittlerweile völlig hemmungslosen Wirtschaftskrieg gegen eine Vielzahl von Staaten, nicht nur gegen China und weitere unbotmäßige Regierungen wie Venezuela, Kuba, Syrien und Iran, sondern auch gegen Deutschland bezüglich der Fertigstellung der Pipeline Nordstream 2. Wobei wiederum Deutschland in Verbindung mit der EU auch kräftig mitmischt mit brutalen Wirtschaftssanktionen gegen Syrien, was die dortige humanitäre Katastrophe noch mehr verschlimmert. Das Ausmaß und die Auswirkungen dieser Politik werden in dem Beitrag von Joachim Guilliard dargestellt.

Dass bei den diesjährigen Präsidentschaftswahlen in den USA keine wesentlichen Änderungen in der Außenpolitik und Kriegsrhetorik zu erwarten sind, zeigt sich daran, dass in den USA beide politischen Lager im Kongress sich fast einig sind gegen Russland und zunehmend vor allem gegen China. In Deutschland sind die Meinungen darüber hingegen sehr geteilt. Wir haben Wolfram Elsner dazu befragt, der sich selbst seit langen Jahren durch persönliche Kontakte und Besuche in China ein umfassendes Bild von der "neuen Nummer eins" in der Welt gemacht hat. Die Wahrnehmung Chinas hierzulande ist leider sehr einseitig und selektiv, unabhängig von Kontroversen darüber, inwieweit dieses Land als kapitalistisch oder sozialistisch anzusehen ist.

Deutschland sitzt nun zwischen den Stühlen. Die politische Spaltung in deutschen Diskursen zwischen den Transatlantikern, wozu mittlerweile auch in besonderem Maße führende Politiker der Grünen gehören, und den von wirtschaftlichen Interessen getriebenen Kräften zugunsten einer Annäherung an China spitzt sich immer mehr zu.

Werner Ruf hat sich in seinem jüngsten Buch „Vom Underdog zum Global Player“ mit den Aspekten von Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne befasst. In dieser Ausgabe bringen wir einen Auszug aus seinem Buch, der auf die Rolle des US-Niedergangs und gleichzeitigen Aufstieg Chinas eingeht.

Die Schwerpunktsetzung der letzten Ausgabe auf die Coronakrise hat zu einigen Reaktionen geführt. Angesichts der Debatten, die nunmehr seit Monaten darüber geführt werden, ist dieses nicht verwunderlich. Neben viel Zustimmung gab es auch Kritik. Wir haben deshalb eine redaktionelle Stellungnahme zu dieser Thematik vorgenommen, die hoffentlich allseits Zustimmung finden wird.

Als Friedensbewegung sind wir derzeit an vielen Stellen gefordert, auf die wir in dieser Ausgabe nicht im einzelnen bzw. nur am Rande eingehen können. Unsere wichtigste Aufgabe ist zweifellos, trotz Corona-Beschränkungen zum 6. August und 1. September nach vielen virtuellen Aktionen wieder halbwegs „richtig“ auf der Straße präsent zu sein.

Die Redaktion

China: Partner oder Gegner?

Interview mit Wolfram Elsner, emer. Professor an der Uni Bremen

FJ: Gewaltsame Unterdrückung der Demokratiebewegung in Hongkong, totaler Überwachungsstaat, Konzentrationslager für Uiguren, Vertuschungen bei Ausbruch der Corona-Pandemie - eine Auflistung zur Darstellung der chinesischen Politik, die sicherlich noch verlängert werden könnte. Offenbar muss man ein ganzes Buch dazu schreiben, um auf diese Vorwürfe im Einzelnen einzugehen. Waren das die Gründe für Ihr Buch, das ja den Untertitel trägt: "Die neue Nummer eins ist anders"?

Indirekt, ja. Ich beschreibe ja im Buch einleitend an meinem eigenen Beispiel den mentalen Werdegang einer ganzen Generation im (Nicht-) Verhältnis zu China seit 1968. Einschließlich ehemaliger Maoisten, die dann als Grüne in die Institutionen spazierten und mit einem China, das nicht arm bleibt und nicht in einer permanenten Kulturrevolution versinkt, nie mehr ihren Frieden machen würden. Ich selbst habe China ignoriert, „weggedrückt" und als „Turbokapitalismus" abgewertet, der der Welt noch den ökologischen Todesstoß versetzten würde … Ich hatte keinen Schimmer von den historischen und aktuellen Erfahrungen, Potentialen, den Lernprozessen dieses Landes und dem Willen der Chines*innen, das Jahrhundert der Demütigung und der Abhängigkeit endlich und endgültig hinter sich zu lassen ...

Bis mir durch Zufall der erste chinesische Kollege über den Weg geschickt wurde, den ich zu Vorträgen an die Bremer Uni einladen sollte, und auch einlud (zu ganz anderen Fragen, Fachfragen, also nicht zu China). Das war 2010. In den Nachgesprächen beim Bier purzelten die ersten Vorurteile bei mir. Auch dadurch, wie freundlich und entspannt dieser erste Kollege mir meine typisch „barbarischen" Fragen beantwortete, dass er selbstverständlich seine Regierung kritisieren darf und das auch im Hörsaal tut – und am nächsten Morgen bei seiner Regierung sitzt und sie berät (ein Finanzmarktexperte). Hoppla, wie denn das?

Am Ende hatte ich über die Jahre vier chinesische Mitarbeiter und Doktorand*innen in meinem Institut, die, später selber Professoren, mir dann auch zeigten, was chinesische Kooperationskultur ist: Seit sechs Jahren mache ich auf ihre Einladung mit pluralistisch-kritischen Kolleg*innen aus dem Westen in China Sommerschulen für chinesische Doktorand*innen und Tagungen, etwas was an einer deutschen volkswirtschaftlichen Fakultät immer noch kaum möglich ist. Und was ich in China sah und erlebte, was ich von deutschen beruflichen und touristischen Chinareisenden erfuhr, denen ich Löcher in den Bauch fragte, schrie nach mehr, nach vertiefter Recherche.

Ob der Siemens-Ingenieur, der VW-Techniker, der Mittelständler, die in China reisende und malende pensionierte Gymnasiallehrerin, alle kehrten sie aus China zurück und sagten, unser Bild stimmte nicht, was bekommen wir da nur erzählt in unseren Medien! Die VW- und Audi-Leute, die Zulieferer, die Mittelständler sind begeistert von der „China-Speed" im Lernen, Kooperieren, Ausprobieren, Verwerfen, Neues Versuchen. Die Leichtigkeit , mit der sie Dinge ändern ... Da musste ich auf die Spurensuche gehen, in die Tiefenstrukturen der Sozialökonomie, eines Systems, das so etwas ermöglicht.

Irgendwann kam nach Interviews bei WeltnetzTV und in der jungen Welt über China der Verlag und wollte ein Buch darüber. Da fing die professionelle Recherche erst richtig an, ein Jahr lang Tag und Nacht sozusagen, und ich fiel aus einer Wolke nach der anderen, was dieses Land betrifft, was es erreicht hat, was es will, welche unglaublichen Zukunftsideen es zum Beispiel in der Ökologie realisiert, was es uns an Kooperation anbietet.

Ich recherchierte natürlich auch zu Tian'anmen, Uiguren, Tibet, Hongkong, IT … Zu Tian'anmen wurden zufällig im Frühjahr 2019 nach 30 Jahren Geheimhaltungsfrist auch die US-Regierungsdokumente freigegeben. Und schlaue kritische Leute hatten es schon ausgewertet. Seitdem sehe ich das enorme investigative Potential, das im Internet existiert. Kein Wunder, dass der Westen das in den Griff nehmen will. Und ich aktualisierte noch bis Februar zu Corona. Da waren meine Kenntnisse zu China wohl schon so gut, dass ich steile Thesen ausstellen konnte, die sich wenige Wochen nach Erscheinen des Buches schon bewahrheiteten. Da war sie also, die neue Nummer eins, auch als helfende Gesundheitsmacht. Zeitenwende!

Ja, man braucht sich nur an die internationalen Websites anderer Länder zu halten, deren Politiker auf chinesische Einladung Xinjiang tatsächlich bereist haben und auf UNO-Websites berichten, an die Websites der UNO, der UNESCO, UNDP, UNEP, der WHO zu halten, um ganz schnell die professionell generierten Fakes des westlichen Zitationskartells und -karussells zu durchschauen und zu erkennen, wie viele andere und schlauere Leute als ich, das schon erkannt hatten ...

Jetzt ist das zweite Buch fast fertig: China—USA: Die Zeitenwende 2020 „unter Corona".

FJ: Ihr Buch beginnt mit dem rückblickenden Abschnitt "Mein begrenztes und gebremstes Interesse an China...". Ist das symptomatisch für eine typisch verzerrte Perspektive, d.h. denken wir zu sehr eurozentristisch, während die Chinesen die Politik ihrer Regierung nach ganz anderen Kriterien beurteilen?

Ja, so nehme ich es tatsächlich wahr. Ich sehe immer mehr, wie verheerend unsere überhebliche kolonialistisch beeinflusste europazentrierte Perspektive (nach-) wirkt, wie wenig wir geübt sind, über unseren westeuropäischen Tellerrand hinauszusehen, zu denken und zu spüren. Wie sehr wir in einem statischen Werte-Universalismus gefangen sind. Daran verzweifeln heute auch dem „Westen" durchaus wohlgesonnene Südostasiaten, wie der Politologe Parag Khanna oder der langjährige UNO-Botschafter Kishore Mahbubani, beide aus Singapur, in ihren jüngsten Büchern. Ist der Westen noch in der Lage, einen „U-Turn" zu machen, fragt der ehemalige Vizepräsident Singapurs Mahbubani.

Wir haben ebenso wenig begriffen, dass China nie die Welt beherrscht hat und nicht die Welt beherrschen will, sondern anerkannt werden möchte mit seiner 5000 Jahre alten Hochkultur als einheitlicher Nation, ebenso wenig wie wir begriffen haben, dass ein Großteil unserer Zukunft im „Herzland" Eurasien liegt. Und ebenso wenig, dass Südostasiat*innen andere, stärker partizipative und prozessuale Vorstellungen von Demokratie haben als der euroangelsächsische Tanz von Parteien in der Vertretungsdemokratie, wie zum Beispiel Khanna in „Unsere Asiatische Zukunft" schreibt.

Unsere Politiker begreifen Eurasien nicht und schicken uns wieder einmal in verheerende „Ostlandritte" gegen Russland und China (die Grünen hier inzwischen stramm vorneweg). Und unsere Medien haben angesichts der unvermeidlichen neuen alten (historischen) Normalität auf einen letztendlich defensiven und angstgetriebenen Konfliktmodus mit China umgeschaltet.

Über 3.000 Jahre hatte China 30-40% des Weltsozialprodukts erwirtschaftet, war im Schnitt 700 Jahre vor Europa mit fast allen wissenschaftlichen Erkenntnissen und technologischen Prozessen da, bis es sich von einem ungekannt aggressiven Europa übers Ohr hauen, mit Opium fluten, ausbeuten, erniedrigen und zerstören lassen musste.

Der auf finalen „Kulturkampf" geschaltete westliche Medien-Mainstream, in dem einer etwas vermutet, alle es zitieren, bis am Ende keiner mehr weiß, wo es herkam, aber jeder weiß, dass es die Wahrheit sein muss, weil es ja alle, auch die „Seriösen" sagen … er hat in Westeuropa eine informationelle Käseglocke geschaffen, in der wir gehalten werden. Unsere Medien wissen genau, dass ihre Konflikt- und Bashing-Narrative sonstwo in der Welt immer weniger verfangen. Aber wir bleiben die Opfer, solange es hier noch verfängt. Wer aber beruflich herumkommt in der Welt, merkt schnell, dass in Mexiko, Südafrika, Russland oder Südostasien (meine letzten Aufenthalte), die Narrative Washingtons und seiner hiesigen „transatlantischen" Gefolgschaft eben nicht mehr verfangen.

FJ: Schon seit langem zeichnet sich der Niedergang des US-Imperiums ab. Aktuell beschleunigt sich dieser rapide durch die Wirtschaftsdepression sowie die Katalysatorwirkung von Corona-Krise und innenpolitische Proteste gegen den strukturellen Rassismus. Die gesamte Entwicklung der zivilisierten Menschheit kann man ja auch charakterisieren mit Zyklen des Aufstiegs und Niedergangs von Imperien. Ist die "neue Nummer eins" auch das neue Imperium im Sinne von imperialer Machtpolitik?

Eben nicht. China hat ein kulturelles Erbe als zivilisierte Nation statt kolonialer Räuberei, die darauf zurückzuführen ist, dass China zum Beispiel nie eine Sklavenhaltergesellschaft war und nie feudales Leibeigentum kannte. Die Bauern waren immer sich selbst gehörende Menschen, wenn auch phasenweise verschuldet und verarmt. Die chinesische Geschichte kann aber eben auch als eine Geschichte von Bauernaufständen gesehen werden.

Dazu kommt eine starke Kollektivorientierung auf die großen „Commons", wie man heute sagt, die natürlichen Kollektivgüter. Schon vor Tausenden von Jahren wurden Flächen von kontinentaler Reichweite durch Kanäle von einer Länge bis zu 1.500 km bewirtschaftet. Der Feudalstaat war immer auf die Sicherung der „Hydraulik" des Landes ausgerichtet, und zu diesem Zweck immer auch ein rationaler Beamtenstaat, mit Beamten im letzten Dorf, die als konfuzianisch ausgebildete Weise auf Prozesse, Gemeinschaftlichkeit, das Aushalten und die Dialektik von Widersprüchen hin ausgebildet waren.

Als China im 15 Jahrhundert u.Z. auf dem Höherpunkt seiner Macht war und mit den gigantischen „Drachenflotten" um Südasien bis nach Arabien und Ostafrika segelte, wurde kein Land unterworfen, ausgeplündert oder zerstört. China war ohnehin weitgehend autark mit seinen Gütern. Die lokalen Herrscher mussten nur den chinesischen Kaiser als obersten Herrscher anerkennen. Dann wurden sie reich beschenkt und mussten regelmäßig auch mit Geschenken nach China reisen. Auf dieser Basis wurde dann der Handel entwickelt.

Die nordosteuropäische Hanseliga des 12. bis 14. Jahrhunderts hatte übrigens Ähnliches erkannt. Mit den Gotländern schipperte man ins Novgorod der Reußen und hatte dort die Verbindung zur Nordtrasse der alten Seidenstraßen. So kam die Hanse an die begehrten chinesischen Luxusgüter und fortgeschrittenen Technologien.

China kennt also keine Tradition des Kolonialismus und des Imperialismus, wohl aber eine neue Tradition antiimperialistischer Süd-Süd-Kooperation. Die jährlichen Versuche des Westens in der UNO, China für irgendetwas zu verurteilen, finden in der UN-Vollversammlung heute nur noch die Ja-Stimmen von gut 20 westlichen Ländern, gegen inzwischen 70 und mehr Nein-Stimmen.

Mehr als 130 Länder der Welt haben inzwischen Staatsverträge mit China im Rahmen der Neuen Seidenstraßen über Infrastruktur- und Industrieaufbau und künftigen intraindustriellen Handel mit China. Die Kredite gehen transparent durch neue internationale Banken, wie der BRICS-Bank oder der Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB) direkt in die Projekte, statt wie früher als Zahlungen an korrupte Bankereliten, die es postwendend an die Wall Street verbrachten. Die Neuen Seidenstraßen, verlangten einmal mehr 40 Seiten neue Fakten und Richtigstellungen in meinem Buch. Ein weiterer Krimi im Krimi.

FJ: Im aktuellen Umfeld der Corona-Krise zeigen sich Verwerfungen und Zerreißproben für die deutsche Politik. Die konfrontative US-Politik drängt darauf, dass sich auch die deutsche Wirtschaft eindeutig für eine Kooperation mit den USA, notfalls zu Lasten des Handels mit China entscheidet. Die nach wie vor exportfixierte deutsche Wirtschaft ist aber gespalten. War es bei einer Umfrage im letzten Jahr noch eine Mehrheit von Spitzenmanagern in deutschen Unternehmen, die sich für die USA entscheiden würden, so dürfte dieses Pendel inzwischen zugunsten Chinas ausgeschlagen sein. Was kann man hier - ohne spekulative Aussagen zu treffen - für die nähere Zukunft erwarten?

Der Westen ist tatsächlich massiv gespalten, und zwar noch auf eine weitere, bisher unbekannte Weise. Nämlich auch zwischen den „Professionals", mit denen ich viele Gespräche in Chinas Hotellobbys und im Flieger geführt habe, den Konzernen, die den Politkern die Diäten verdienen müssen, und eben den transatlantischen Politikern und ihren Medieneinflüsterern. Wir kennen das ja schon aus den enormen Konflikten hinter verschlossenen Türen im Kontext des westlichen Sanktionsregimes gehen Russland. Im Ostausschuss der deutschen Wirtschaft lief man damals Amok dagegen. Aber die wirtschaftlichen Interessen an einem zuverlässigen Austausch mit Russland haben damals klar verloren.

Mit China wird das nicht so leicht gehen, aber man weiß ja nie, wieviel Rest-Rationalität und Mindest-Überlebenswillen noch in der westlichen Politik verblieben ist, die noch nicht von Endkampf-Aggressionen und -Ideologien überwuchert worden sind. Die Befragungen bei Unternehmern, die ich auch im Buch zitiere, sind in der Tat immer klarer pro China als dem verlässlicheren Partner. Aber im Moment scheint es, als seien die Vernünftigen, denen bewusst ist, dass wir ein Image in China und der Welt zu verlieren haben, und die verlässliche, seriöse Wirtschaftspartner bleiben wollen, innerhalb der Politikerkaste argumentativ immer mehr in der Defensive.

Die neue Staatsplanung und Industriepolitik mit den neuen Möglichkeiten in Deutschland und der EU, präventiv zu verstaatlichen gegen chinesische Investitionen, sind erstmal rein negativ und defensiv, statt dass längerfristige Strukturziele geklärt würden und auf dieser Basis mit China verhandelt würde. Zu einer progressiven Planung ist das seit vier Jahrzehnten neoliberal verseuchte Politiksystem wohl nicht mehr fähig. Dennoch, hinterm Rücken tendiert natürlich alles Richtung „China-Style". Progressiv gewendet könnte man mit China eben alles klar, verlässlich und langfristig verhandeln.

So aber wird dann also die Weltgeschichte zunehmend über den Westen hinweggehen, und speziell über Deutschlands dummes altes Exportweltmeistermodell, das die Chinesen klugerweise bereits vor zehn Jahren begonnen haben aufzugeben. Die chinesischen Investitionen in Deutschland, quantitativ durchaus noch auf bescheidenem Niveau, gehen nun schon im dritten Jahr wieder zurück. Und Deutschland wird merken, dass China Deutschland nicht braucht, wohl aber Deutschland nicht ohne China kann.

Aber wie gesagt, die entscheidende Variable wird am Ende sein, ob eine Restrationalität in der aufgeheizten Politikerkaste noch existiert. Oder ob sich Deutschland lieber am Rockschoß des zerfallenden Hegemons zum Beispiel weiter in die permanenten Marinemanöver vor den chinesischen Küsten hineinziehen lässt usw.

Eurasien jedenfalls wird seinen wirtschaftlichen Weg gehen und China wird die globalen Wertschöpfungsketten „nach Corona" nach Verlässlichkeit der Partner neu strukturieren, diversifizieren und regionalisieren.

Die Menschen werden mal wieder die Leidtragenden sein, und am Ende werden uns die Politiker wieder erzählen, dass es zu Wirtschaftskrieg, Technologiekrieg, hybridem Krieg und vielleicht heißem Krieg „keine Alternative" gegeben habe.

FJ: Die Transatlantiker in der deutschen Politik blasen derzeit zum Generalangriff gegen China, wobei z.B. die Bundespolitiker der Grünen in der ersten Reihe stehen. Dieses betrifft auch die Konfrontationspolitik der NATO. Wie sollte sich die Friedensbewegung vor diesem Hintergrund positionieren?

Auf diese Grünen ist kein Cent mehr zu setzen. Sie begeben sich soeben mit großer Pseudogeste auf die Verliererseite der Geschichte. Eine in vieler Hinsicht bessere Welt als die alte monozentristische, hegemoniale, exklusive, ausbeuterische und ökologisch katastrophale alte Globalisierung wird von einer weitaus größeren Mehrheit der Länder begonnen werden, wie holprig zunächst auch immer. Ich habe überschlagen, dass in Südostasien und in der Seidenstraßen-Initiative ein Investitionsvolumen von bis zu 20 Billionen US-Dollar noch mobilisiert werden kann.

Und wir werden das niedergehende Imperium noch partiell kollabieren sehen, aus inneren wie äußeren Gründen. Niemand hat daran übrigens ein Interesse. Auch und gerade China wäre an verlässlichen, gesunden USA gelegen, mit denen man verhandeln und sich wirtschaftlich austauschen könnte. China hat die Ökonomie als komplexes win-win-System verstanden; für den „Immobilien-Dealmaker" in Washington ist Wirtschaft ein Nullsummenspiel, also latenter Krieg.

Das US-Militär ist keine der tragenden Säulen der Weltherrschaft mehr. Man hat Russland und China in eine strategische Partnerschaft geprügelt, die nicht mehr aufzulösen ist. Dort sind die effektivsten Verteidigungstechnologien der Welt konzentriert. Das Pentagon weiß genau, dass seine brachialen Flugzeugträger heutzutage Dinosaurier sind, die bei Mach 12 und mehr in zwei Minuten von den chinesischen und russischen Verteidigungssystemen versenkt werden können. Laut einschlägiger Ingenieurs-Websites weiß das auch das Pentagon. Trump weiß also genau, warum er keine seiner militärischen Drohungen bisher realisiert hat.

So traurig es ist: Wir leben im Gleichgewicht des Schreckens 2.0. Die zweitschlechteste denkbare Situation. Die schlechteste wäre ein Ungleichgewicht des Schreckens zugunsten des niedergehenden Imperiums …

Interviewfragen: Karl-Heinz Peil

Der Niedergang der USA und der Aufstieg Chinas

von Werner Ruf, emer. Professor für internationale Politik, Edermünde

Der Niedergang der USA

Diese These ist umstritten. Dennoch deuten zahlreiche Faktoren auf ihre Richtigkeit hin. Unmittelbar nach Ende des Kalten Krieges schrieb der ultrakonservative Kolumnist der Washington Post, Charles Krauthammer:

"Unsere beste Hoffnung auf Sicherheit .... ist Amerikas Stärke und die Willenskraft, eine unipolare Welt zu führen und ohne Scham (unshamed) die Regeln der Weltordnung festzulegen und sie auch durchzusetzen".

Ob aber die USA zu diesem Zeitpunkt noch über die Macht verfügten, diese unipolare Führung zu übernehmen und dauerhaft zu sichern, scheint zweifelhaft. Festzuhalten ist, sie taten es nicht.

1987 hatte der britische Historiker Paul Kennedy seine viel beachtete voluminöse Untersuchung von 500 Jahren jüngster Geschichte vorgelegt, in der er die zentrale These entwickelte und faktenreich belegte, dass ökonomische Stärke und relativer Wohlstand notwendig sind, um militärische Macht aufzubauen und zu stützen. Doch es kommt der Punkt, an dem die Kosten für die Aufrechterhaltung der militärischen Dominanz so groß werden, dass sie die wirtschaftlichen Grundlagen des Imperiums zerstören:

„Große Mächte, die sich in einem relativen Abstieg befinden, reagieren instinktiv, indem sie mehr für ihre ‚Sicherheit' ausgeben und dadurch potenzielle Ressourcen von ‚Investitionen' abziehen und so ihr langfristiges Dilemma verstärken".

Für diesen destruktiven Prozess prägte Kennedy den Begriff der „militärischen Überdehnung" (military overstretch).

Zbigniew Brzezinski, vormals Sicherheitsberater des US-Präsidenten Jimmy Carter und sicherlich einer der luzidesten wenn auch zynischen außenpolitischen Analytiker der USA veröffentlichte 2012 seine letzte, erstaunlicherweise recht wenig beachtete Monografie *„Strategic Vision. America and the Crisis of Global Power".* In einer schonungslosen Analyse benennt er die Schwächen des Systems der USA:

(1) Die horrende Auslandsverschuldung,

(2) das sozial ungerechte Finanzsystem und die Skrupellosigkeit der US-Banken,

(3) die immer weiter auseinander klaffende Einkommensstruktur und die schwindende soziale Mobilität nach oben,

(4) der Zerfall der materiellen Infrastruktur (Straßen, Eisenbahnen, Züge, Flughäfen),

(5) Amerikas Ignoranz über die Welt, die auf ein katastrophales Bildungssystem zurückzuführen ist, und, in enger Verbindung mit dem vorigen Punkt,

(6) die Entstehung eines manichäischen Weltbilds, das dem Agieren politisch-ökonomischer Lobbies zu verdanken sei – ein Schelm, wem dabei nicht die Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA einfällt. Hinzu kommt, dass, so Brzezinski, der Aufstieg der USA wesentlich der Immigration zu verdanken gewesen wie, während das Land nun auf dem Weg zu einer ausländerfeindlichen und rassistischen Gesellschaft sei.

Dies sind in der Tat Indikatoren, die sehr wohl für einen im Gang befindlichen *amercian decline* sprechen. Betrachtet man dann noch die jüngsten Zahlen (für das Jahr 2019) der Rüstungsausgaben der wichtigsten Staaten (Angaben nach SIPRI 2020), so ergibt sich folgendes Bild (in Mrd. US $):

USA	732
China	261
Indien	71
Russland	65
Saudi-Arabien	62
Frankreich	50
Großbritannien	49
Deutschland	49

Eine Anmerkung zu Deutschland erscheint notwendig: Wenn das von den USA geforderte Volumen der Ausgaben für Militär und Rüstung in Deutschland auf 2% des BSP steigt, dann wäre Deutschland – bei gleichbleibendem Wachstum – im Zieljahr 2024 bei ca. 80 Mrd. US$, also vor Großbritannien, Frankreich und Russland, sollten diese Staaten bis dahin ihre Ausgaben nicht gleichfalls erheblich steigern.

Folgt man der These Kennedys vom *military overstretch*, ist dabei mit zu bedenken, dass Rüstungsausgaben ja bestenfalls, also wenn sie nicht zum Einsatz kommen, totes Kapital sind, sind diese Güter doch nicht produktiv zu nutzen. Unter diesem Aspekt wären auch das deutsche (und das japanische) „Wirtschaftswunder" neu zu diskutieren, indem der Frage nachzugehen wäre, ob nicht der ungeheure Aufschwung in den 1950er Jahren wesentlich jenen Rüstungsbeschränkungen zu verdanken war, die diesen Staaten damals die Herstellung von Großgeräten (Panzern, Flugzeugen, Kriegsschiffen) verwehrt hatten.

Die exorbitanten Rüstungsausgaben der USA wären im Kontext dieser These keinesfalls als Indikator von Stärke zu verstehen, sondern vielmehr als eine Art Aufbäumen eines Staates, der seinen ökonomischen Niedergang durch Stärkung seines Drohpotenzials zu kompensieren sucht. Dass sich hinter diesem Zuwachs auch die Ankündigung Trumps zu bewahrheiten scheint, er wolle die Soldaten zurückholen und das militärische Agieren der USA im Ausland verringern, wird immerhin durch die Tatsache gestützt, dass er Truppen aus Irak und Syrien zurück zieht, mit den Taliban vorsichtige Verhandlungen eingeht … und letztlich von den Verbündeten höhere Beiträge zur Aufrüstung fordert.

Als Beleg für die These von US-decline kann auch die nukleare Aufrüstung, wie sie in der jüngsten Nuclear Posture Review (US-Government 2018) festgeschrieben wurde: Das relativ billige nukleare Drohungs- und Vernichtungspotenzial wird umgerüstet auf „kleine" Bomben vom Hiroshima-Format, so genannte „mini nukes" , die sie für den Einsatz auf dem (europäischen?) Gefechtsfeld brauchbar machen.

Der Aufstieg Chinas

Sämtliche Wirtschaftsdaten, aber auch die Rüstungsausgaben deuten darauf hin, dass China die große neue, aufsteigende Macht in einem System ist, das die alte Bipolarität und die nicht mehr haltbare Unipolarität der USA seit 1990 ablöst. Der Wettlauf in Richtung auf eine Multipolarität scheint eröffnet, deren Herausbildung ist bisher allenfalls in Konturen sichtbar.

Solche Multipolarität wird gekennzeichnet sein, von Instabilitäten, der Weg dahin dürfte begleitet werden von erheblichen Turbulenzen. Wie auch immer dies von statten geht und was sich am Ende herausbilden wird: Das internationale System der Zukunft wird instabiler – und damit keineswegs sicherer. Dazu stichwortartig einige sehr verkürzte Thesen:

Der Abstieg der USA scheint unaufhaltbar. Neben den Ambitionen der anderen Mächte kann dieser Niedergang von Aktionen begleitet sein, die mit militärischen Mitteln den schrumpfenden Großmachtstatus zu erhalten. Gerade aber die überdehnte Rüstung, die Aufrechterhaltung schier zahlloser Basen und Stützpunkte rund um den Globus werden für die US-Wirtschaft zu einer zermürbenden Last.

Russland verfügt nach wie vor nicht über eine ausdifferenzierte und in die Tiefe gehende Wirtschaftsstruktur. Die wichtigsten Staatseinnahmen stammen nach wie vor aus dem Export von Rohstoffen und Rüstungsgütern. Daher zeigt die russische Wirtschaft Charakteristika einer Rentenökonomie. Die Reduzierung der Rüstungsausgaben von ca. 80 Mrd. $ im Vorjahr auf gut 60 Mrd. 2018 (trotz des leichten Anstiegs 2019) sind vielleicht als Signal an den Westen zu verstehen, möglicherweise aber auch Indikator für den Versuch, die Wirtschaft zu differenzieren und den Lebensstandard der Bevölkerung zu heben.

Auch Russland hat Anstrengungen unternommen, angesichts der konventionellen Überlegenheit des Westens sein (billigeres) Nuklearpotenzial zu erhöhen und seinen Großmachtanspruch durch die Effektivierung seines Zweitschlagspotenzials im Sinne der aus dem Kalten Krieg stammenden Doktrin der gesicherten gegenseitigen Vernichtung (*mutually assured destruction)* aufrecht zu erhalten.

Der Staatsapparat der Volksrepublik China ist kohärent und effizient, Bildung, Ausbildung und Technologieentwicklung scheinen über jeden Zweifel erhaben. Die Rüstungsanstrengungen des Landes sind mit einem Militärhaushalt von 261 Mrd. $ (2019) gewaltig. China ist Nuklearmacht, seine Weltraumambitionen werden massiv vorangetrieben. Das Projekt der „Neuen Seidenstraße“ ist nicht nur ein Projekt der globalen Expansion des chinesischen Handels, es wird auch militärisch abgesichert durch Stützpunkte an den wichtigsten Knotenpunkten der im Aufbau befindlichen „Straße“.

China	27.307
USA	21.428
Indien	11.043
Japan	5.712
Deutschland	4.444
Russland	4.390

Kaufkraftbereinigtes BIP im Jahr 2019 in Mrd. US-$, Quelle: Statista.com

China verfolgt weiter Projekte, die darauf hinauslaufen, das Land zu einem großen global player zu machen:

Da ist die Gründung der BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika), deren Mitgliedstaaten gut 40% der Weltbevölkerung repräsentieren und deren Anteil am globalen Bruttosozialprodukt 2016 bei 32% lag.

Zum zweiten ist da die Shanghai-Organisation für Zusammenarbeit (ShOZ), mit China, Indien, Kasachstan, Kirgisistan, Pakistan, Russland, Tadschikistan sowie Iran mit Beobachterstatus. Ziel der Organisation ist der Ausbau in den Bereichen Politik, Sicherheit, Wirtschaft und Kultur. Inwieweit mit beiden Organisationen die Schaffung alternativer Finanzorganisationen zu Weltbank und IWF aufgebaut werden sollen muss hier dahingestellt bleiben. Beide haben China zum Zentrum, in beiden ist Russland Mitglied. All dies dürfte für eine asiatische Polbildung ausreichen, die allerdings noch keineswegs gefestigt ist.

Dass die USA in China die neue reale Bedrohung sehen, zeigt sich auch im militärischen Aufmarsch im Pazifik (im amerikanischen Polit-Slang „the american lake“), der schon unter George W. Bush begann. Die jüngsten Verhandlungen mit Nordkorea, die trotz des jähen Abbruchs des Treffens zwischen Trump und Kim Jong-il weitergehen. Dies und die Absage der gegen das Land gerichteten Großmanöver deuten darauf hin, dass der Versuch gemacht wird, das kleine aber geostrategisch wichtige Land aus seiner engen Beziehung zu China herauszulösen.

Aus geostrategischer Sicht könnte hier die sicherlich kühne These aufgestellt werden, dass mit einer Ausschaltung und Unterwerfung Russlands die Kontrolle von dessen gigantischen Ressourcen möglich würde.

Darüber hinaus aber würde die Besetzung seiner asiatischen Teile durch die USA und „den Westen“ die territoriale Einkreisung Chinas unter Einbeziehung der koreanischen Halbinsel die Beendigung der globalen ökonomischen Expansion Chinas denkbar erscheinen lassen …

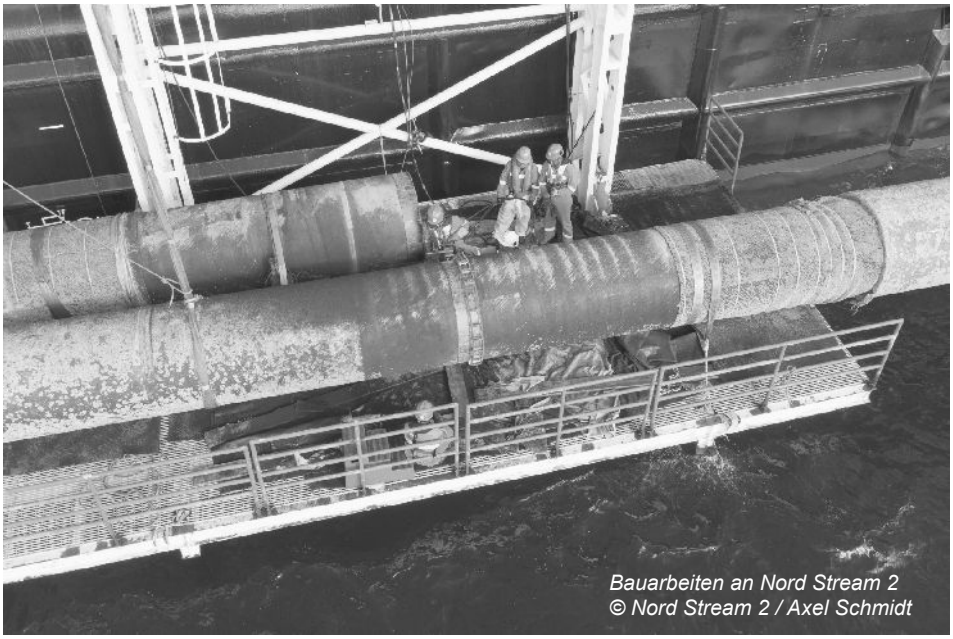
Die sich abzeichnenden Konturen einer Neubildung des Internationalen Systems scheinen gekennzeichnet vom Abstieg der USA, der weiteren Existenz Russlands als einer zumindest militärisch ernst zu nehmenden Großmacht, dem Aufstieg Chinas als einer neuen ökonomisch und zunehmend militärisch dominanten Macht mit weltweiter Verankerung (Neue Seidenstraße, BRICS, ShOZ). Im Verbund mit den wichtigsten Schwellenländern könnte sich hier tatsächlich eine neue Macht herausbilden.

Dass Russland sich in diese neue Formation einklinkt, könnte durchaus als Rückversicherung für seinen prekären Großmachtstatus verstanden werden. Das Ringen im Kampf um Aufstieg und Abstieg ist eröffnet. Damit stellt sich die Frage nach Platz und Rolle Europas und Deutschlands im sich herausbildenden multipolaren System.

Der Beitrag ist eine aktualisierte Fassung aus dem Buch:
***Vom Underdog zum Global Player**, Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne, PapyRossa-Verlag 2020, 128 Seiten.*
Quellenverweise siehe Homepage www.fj.frieden-und-zukunft.de/

Eskalation der transatlantischen Spannungen

Redaktion German Foreign Policy



Bauarbeiten an Nord Stream 2
© Nord Stream 2 / Axel Schmidt

Ein Professor der Universität der Bundeswehr in Hamburg plädierte kürzlich für die Überprüfung der Beziehungen zwischen Deutschland und den USA. Mit Blick auf die zunehmenden Streitigkeiten zwischen Washington und Berlin urteilt Michael Staack, "deutsche und amerikanische Interessen" gingen heute "in allen wichtigen Fragen auseinander". Hätten bestehende Interessengegensätze bis vor wenigen Jahren "in einem breiteren Spektrum von Gemeinsamkeiten unter Kontrolle gehalten werden" können, so sei dies immer weniger der Fall. Anlass für die Äußerung des Bundeswehr-Politikwissenschaftlers sind die Pläne der Trump-Administration, Truppen aus Deutschland abzuziehen. Hinzu kommen US-Sanktionsdrohungen zu der Pipeline Nord Stream 2, die womöglich sogar staatliche Stellen in der Bundesrepublik treffen könnten, sowie weitere Differenzen, darunter der Konflikt um den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH). Staack rät, Berlin solle "die Planungsstäbe auffordern", eine "eigenständige" Antwort vorzubereiten. Sie könne "Kosten" haben: "einen dauerhaften Konflikt mit den USA".

Der eigentliche Skandal

Anlass für die Äußerungen von Professor Michael Staack sind die kürzlich bekannt gewordenen Pläne der Trump-Administration, die Zahl der in Deutschland stationierten US-Truppen um 9.500 Soldaten zu reduzieren. Allerdings gibt es gegen die Pläne von US-Präsident Trump weiterhin heftigen Widerstand in Washington, wo viele der Auffassung sind, die Militärpräsenz in der Bundesrepublik liege nicht zuletzt im besonderen US-Interesse. Unabhängig von der Frage, ob der Teilabzug realisiert wird, protestieren nun auch stark transatlantisch orientierte Berliner Politiker gegen die sich etablierende US-Praxis, wichtige Entscheidungen nicht mehr abzustimmen, sondern selbst Mitglieder der eigenen Bündnisse vor vollendete Tatsachen zu stellen. Staack urteilt gleichfalls, "der eigentliche Skandal" sei "nicht die weitere Reduzierung von Truppen", sondern "dass Trump die Bundesregierung lange überhaupt nicht offiziell über das unterrichtet" habe, "was er bereits auf den Weg gebracht hat". Die "alte Schutzfunktion" sieht der Politologe ohnehin "so nicht mehr gegeben": Es sei "äußerst zweifelhaft, dass Russland die Nato angreifen will".

Zunehmende Differenzen

Die Debatte um die Reduzierung der in Deutschland stationierten US-Truppen ist dabei nur ein Konfliktpunkt aus einer wachsenden Reihe transatlantischer Differenzen. Weiterhin ungelöst ist der Streit um den gewaltigen deutschen Überschuss im Handel mit den Vereinigten Staaten, der sich im vergangenen Jahr immer noch auf mehr als 47 Milliarden Euro belief. Ebenso unverändert ist die heftige US-Kritik daran, dass die Bundesrepublik immer noch weit von Militärausgaben im Wert von zwei Prozent ihrer Wirtschaftsleistung entfernt ist. Anfng Juni hat Trump zum wiederholten Male gedroht, Strafzölle auf den Import von Autos aus der EU zu erheben; dieses Mal verlangt er, die Union müsse ihre Zölle auf die Einfuhr von Hummer aus den Vereinigten Staaten abschaffen - mutmaßlich ein Wahlkampfgeschenk an US-amerikanische Fischer. Weiterhin bestehen grundlegende Differenzen in der Iran- sowie partiell in der Nahostpolitik und prinzipieller Dissens bezüglich internationaler Organisationen: Berlin hat Interesse an einer Schlichtung von Handelskonflikten durch die WTO und - bedarfsweise - an einem Rückgriff auf den Internationalen Strafgerichtshof; beide werden hingegen von der Trump-Administration sabotiert.

Streit um Nord Stream 2

Der Streit um die Erdgaspipeline Nord Stream 2 spitzt sich immer mehr zu. Die Gasleitung sichert der Bundesrepublik nicht nur kostengünstiges Gas; sie trägt auch dazu bei, den Zugriff der BASF-Tochterfirma Wintershall Dea auf Russlands riesige Erdgasquellen zu sichern, und positioniert Deutschland höchst vorteilhaft als Erdgasdrehscheibe zur Verteilung russischen Erdgases in Westeuropa. Washington versucht seit Jahren, den Bau der Pipeline zu verhindern - zum einen, um seinem Rivalen Moskau eine bedeutende Einnahmequelle zu nehmen, zum anderen, um seinen Konkurrenten Berlin an einer engeren deutsch-russischen Zusammenarbeit zu hindern. Aktuell ist im US-Kongress ein Gesetz in Arbeit, das die Fertigstellung der letzten 160 Kilometer von Nord Stream 2 (Gesamtlänge: 1.230 Kilometer) unmöglich machen soll. Dazu droht Washington nicht nur allen Unternehmen mit Sanktionen, die in irgendeiner Weise die Verlegung der letzten Rohre durch konkrete Zuarbeit

oder Finanzierung unterstützen, sondern - laut aktuellem Stand - auch staatlichen Stellen in Deutschland, die wie auch immer involviert sind, und sei es auch nur mit der Zertifizierung der Leitung. Sollten sich US-Sanktionen tatsächlich gegen deutsche Behörden oder sogar gegen die Bundesregierung richten, wäre dies "ein Novum", heißt es in einem Papier des Bundeswirtschaftsministerium. In Berlin wird parteiübergreifend empörter Protest laut.

"Nicht mit europäischen Interessen vereinbar"

In recht grundsätzlicher Weise hat sich nun Michael Staack zu den transatlantischen Differenzen geäußert. Staack, Professor für Internationale Politik an der Bundeswehr-Universität in Hamburg sowie Präsident des Wissenschaftlichen Forums für Internationale Sicherheit an der Bundeswehr-Führungsakademie, urteilt, "der springende Punkt" in den derzeitigen transatlantischen Konflikten sei, dass nicht mehr - wie noch während der Präsidentschaften von George W. Bush und Barack Obama - deutsch-US-amerikanische "Interessengegensätze in einem breiteren Spektrum von Gemeinsamkeiten unter Kontrolle gehalten werden" könnten, sondern dass "heute deutsche und amerikanische Interessen in allen wichtigen Fragen auseinandergehen". Damit sei "eine neue Situation entstanden". So müsse man beispielsweise realisieren, dass die US-Militärstützpunkte in der Bundesrepublik eine "Drehscheibe ... für Einsätze in Nahost und in Afrika sowie für Kommunikation, man könnte auch sagen: Spionage" seien - Letzteres "auch in Deutschland". Das sei "insofern problematisch, als dass einiges, was die USA bei uns in Deutschland tun", "nicht vereinbar" sei zum einen "mit internationalem Recht", zum anderen "mit den europäischen sicherheitspolitischen Interessen".

"Beschwichtigen reicht nicht aus"

Nun sei "die Regierung Trump" im Gegensatz zu sämtlichen früheren US-Regierungen "bereit, Mittel" gegen die Bundesrepublik "einzusetzen, die man normalerweise gegen Gegner und nicht gegen Verbündete einsetzt", konstatiert Staack. Bislang betreibe die Bundesregierung gegenüber Washington "partielle Opposition und, im Wesentlichen, Beschwichtigungspolitik". Doch die Interessengegensätze seien "inzwischen so groß", dass es "kaum möglich" sei, "diese Politik noch weiterzuführen, sollte Trump wiedergewählt werden". Derzeit gebe es "eine große Zögerlichkeit, eine klare Position gegenüber den USA zu formulieren": "Man hat immer Angst vor Vergeltung." Demgegenüber gelte es nun, "für Klarheit in Bezug auf die Absichten der USA" zu sorgen; man müsse "die Planungsstäbe auffordern, sich für den Fall vorzubereiten, dass die Trump'sche Politik am 3. November bestätigt wird": "Dann reicht es nämlich nicht mehr aus, abzuwarten und zu beschwichtigen." Staack lässt unerwähnt, dass die Außenpolitik der Trump-Administration auf den zentralen Feldern auf einem breiten überparteilichen Konsens beruht; das gilt vor allem für Maßnahmen wie diejenigen gegen Nord Stream 2, die deutschen Interessen zuwiderlaufen. Demnach würde sie wohl auch von einer demokratischen US-Regierung fortgesetzt.

"Dauerhafter Konflikt mit den USA"

Staack weist abschließend darauf hin, die von ihm befürwortete "Konzentration" auf eine "eigenständige[...] europäische[...] Sicherheitspolitik" habe "natürlich Kosten" - "und zwar nicht nur finanzielle, sondern vor allem politische": "nämlich einen dauerhaften Konflikt mit den USA".

Der grüne Kalte Krieg

Transatlantische Parlamentarierallianz gegen China gegründet - aus: German Foreign Policy (10.6.2020)

Politiker von Bündnis 90/Die Grünen spielen eine führende Rolle in einem neuen, gegen China gerichteten Zusammenschluss transatlantischer Parlamentarier.

In der Inter-Parliamentary Alliance on China (IPAC), der bislang Abgeordnete aus zwölf Parlamenten angehören, gelten antichinesische US-Hardliner - Marco Rubio, Bob Menendez - als treibende Kräfte. Offizielles Vorhaben der Organisation ist es, die Herausbildung einer gemeinsamen westlichen Chinapolitik zu forcieren. Als konkretes Ziel zeichnet sich eine Durchsetzung der US-Sanktionspolitik gegen Beijing auch in Europa ab. Dazu mobilisiert die IPAC dort, wo die nationalen Regierungen sich Sanktionen noch verweigern, Parlamentsabgeordnete. Die Gründung einer derartigen Parlamentarier-Pressure Group hatte der Grünen-Europaabgeordnete Reinhard Bütikofer schon im Februar am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz vorgeschlagen; nun amtiert er als IPAC-Ko-Vorsitzender. Die Organisation, die auch die Entwicklung von "Sicherheitsstrategien" gegen China fordert, hat einen Ex-CIA-Spezialisten in ihrem Beirat. [...]

Die enge, auf den ersten Blick überraschende Zusammenarbeit deutscher Grüner mit Hardlinern vom rechten Flügel der US-Republikaner im Kampf gegen China hat Tradition. Schon seit vielen Jahren unterstützen deutsche Grüne ebenso wie US-Republikaner tibetische Milieus um den Dalai Lama, die zum Teil gewalttätig gegen Beijing opponieren - bis hin zur Forderung, Tibet von der Volksrepublik abzuspalten. Auch im Protest gegen Beijings Vorgehen in Xinjiang stehen US-Republikaner und deutsche Grüne Seite an Seite - ein weiteres Beispiel für typisch westliche Doppelstandards: Während Chinas Kampf gegen den uigurischen Jihad in Xinjiang aufs Schärfste attackiert wird, werden die massiven Verbrechen im westlichen "Anti-Terror-Krieg" nach dem 11. September 2001 - Verschleppung und Folter an Terrorverdächtigen - beschwiegen; in sie war auch die damalige deutsche Regierungskoalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen involviert. […]

Den erklärten Zielen der IPAC lässt sich nicht zuletzt entnehmen, worauf der Zusammenschluss langfristig orientiert. Die "Demokratien", erklärt die Organisation, müssten "Sicherheitsstrategien" gegen "Herausforderungen" durch die Volksrepublik entwickeln. Das entspricht Überlegungen in transatlantischen Zirkeln, die NATO gegen China in Stellung zu bringen - explizit auch militärisch.

Hilfe statt Sanktionen – Wirtschaftsblockaden ächten

von Joachim Guilliard, Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg

Demonstration in Washington D.C. am 18.5.2019, Foto: Steve Melkisethian (Flickr)

Die Corona-Pandemie verhalf den schädlichen Auswirkungen einer Politik zu verstärkter Aufmerksamkeit, die sonst meist wenig beachtet wird: die mehr oder weniger schwerwiegende „Sanktionen“, die die USA– teilweise gemeinsam mit den EU-Staaten – gegen insgesamt 39 Länder verhängt haben. Einige, wie die Wirtschaftsblockaden gegen Kuba, Iran, Venezuela und Russland sind allgemein bekannt. Die verheerenden Folgen der Maßnahmen gegen bereits völlig verarmte Länder wie Nicaragua, Mali, Simbabwe oder Laos haben jedoch nicht einmal Menschenrechtsgruppen auf ihrem Radar.

Sanktionen: Ein irreführender Begriff

Die Bezeichnung „Sanktionen“ ist hier allerdings völlig irreführend. Denn nichts und niemand gibt den USA oder der EU das Recht, selbstherrlich Strafmaßnahmen zu verhängen. Dazu ist allein der UN-Sicherheitsrat legitimiert. Tatsächlich handelt es sich um eigenmächtige Zwangsmaßnahmen, die in vielfältiger Weise gegen internationales Recht und internationale Abkommen verstoßen. Auch wenn sie in der Regel mit humanitären, menschenrechtlichen und ähnlichen Gründen gerechtfertigt werden, sind es Akte der Willkür, die per se nur dominierende Großmächte verhängen können und auch fast ausschließlich von den USA und ihren Verbündeten verhängt werden. Gleichzeit können diese sicher sein, selbst bei schlimmsten Verbrechen, wie den Kriegen gegen Jugoslawien, Irak oder Libyen nicht selbst Ziel solcher Maßnahmen zu werden.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Es geht in diesem Zusammenhang nicht um beschränkte Maßnahmen, wie den Ausschluss von Sportveranstaltungen oder gar zivilgesellschaftliche Boykottkampagnen, die in der Debatte um „Sanktionen“ oft als positive Beispiele ins Feld geführt werden. Auch Waffenembargos sind ein völlig anderes Thema, da Waffenlieferungen nicht unter normalen Handel, sondern militärische Unterstützung fallen. Es geht hier vielmehr um die umfassenden Beschränkungen im Bereich Handel, Finanzen, Finanztransaktionen, Transport etc., die gegen immer mehr Länder verhängt werden und in vielen Fällen den Charakter von Wirtschaftskriegen annehmen.

Das Ziel: Unterordnung und „Regime Change

Unabhängig davon, ob die Vorwürfe gegen betroffene Staaten teilweise gerechtfertigt sind, und auch unabhängig davon, wie sehr beteuert wird, dass sich die Maßnahmen doch nur gegen die jeweilige Regierung, das jeweilige Regime, richten, treffen sie, sobald sie Export-, Import und Finanztransaktionen effektiv einschränken, stets in erster Linie die Bevölkerung. Das ist keineswegs ein unerwünschter Nebeneffekt, zielen sie doch unmittelbar darauf, die Wirtschaft des Gegners empfindlich zu stören oder gar zu strangulieren.

Wirtschaftsblockaden sind eine Form der Erpressung, mit der die Regierungen der betroffenen Länder zur Unterordnung unter die Politik der westlichen Mächte gezwungen werden sollen. Oft, wie im Fall Kuba, Syrien, Iran oder Venezuela werden mit ihnen auch offen „Regime Changes“ angestrebt, indem versucht wird, die Bevölkerung durch eine drastische Verschlechterung der Lebensbedingungen zum Aufstand zu nötigen. Alle Bürger der betroffenen Länder werden so als Geiseln genommen.

Heimtückische Form moderner Kriegsführung

Grundsätzlich seien „Wirtschaftssanktionen“ vergleichbar mit „mittelalterlichen Belagerungen von Städten“, die zur Kapitulation gezwungen werden sollten, so der einstige Sonderberichterstatter des UN-Menschenrechtsrates für Lateinamerika, Alfred De Zayas. „Die Sanktionen des 21. Jahrhunderts versuchen aber nicht nur eine Stadt, sondern souveräne Länder in die Knie zu zwingen.“ Im Unterschied zum Mittelalter, würden die Blockaden des 21. Jahrhunderts „von der Manipulation der öffentlichen Meinung durch 'Fake News', einer aggressiven PR-Arbeit sowie einer Pseudo-Menschenrechtsrhetorik begleitet werden, um den Eindruck zu erwecken, dass das 'Ziel' der Menschenrechte kriminelle Mittel rechtfertigt.“

Mittlerweile ist diese heimtückische Form moderner Kriegsführung auch die am häufigsten angewandte. Sie erregt kaum Aufsehen und kann so weitgehend unangefochten eingesetzt werden, Sie wird von US-Politkern auch offen als günstigere Alternative zu militärischen Interventionen gepriesen, da sie wesentlich geringere Risiken und Nebenwirkungen für die Angreifer bergen. Doch auch diese Kriege sind zerstörerisch und machen in den betroffenen Ländern Jahrzehnte des Fortschritts in den Bereichen Gesundheitsversorgung, sanitäre Einrichtungen, Wohnungsbau, Basisinfrastruktur und industrielle Entwicklung zunichte.

Potentielle Massenvernichtungswaffen

Auch wenn sogenannte humanitäre Güter, wie Nahrung und Medizin offiziell von den Blockaden ausgenommen werden, sind Versorgungsengpässe vorprogrammiert. Aufgrund der allgemeinen Sanktionsdrohung gegen alle Unternehmen, die weiter Handel mit ihnen treiben, haben die betroffenen Länder enorme Probleme selbst dafür Lieferanten und Transportmöglichkei-

ten zu finden. Der Ausschluss ihrer Banken vom internationalen Zahlungsverkehr und Kreditwesen beraubt sie der gängigen Wege der Finanzierung von Importen, die Beschränkung von Exporten nimmt ihnen die nötigen Devisen. Indem die Lieferung gewöhnlicher Güter blockiert wird, weil sie als sogenannte „Dual Use"-Güter auch bei der Herstellung von Waffen und anderen unerwünschten Produkten eine Rolle spielen können, wird die Eigenproduktion von Maschinen, Ersatzteilen bis hin zu Pflanzendünger und Medikamenten stark beeinträchtigt.

Moderne Industriegesellschaften beruhen auf einem zerbrechlichen Netz unentbehrlicher Infrastruktur und Technologien. Wenn Pumpen, Generatoren oder Abwassersysteme aus Mangel an einfachen Ersatzteilen nicht mehr funktionieren, können ganze Stadtteile im Sumpf versinken und sich Cholera- und Typhus-Seuchen ausbreiten. Werden Bauern Saatgut, Dünger, Werkzeuge und Maschinen vorenthalten oder können Lebensmittel, Medikamente und lebenswichtige Ausrüstung aufgrund von Finanzblockaden nicht mehr ausreichend importiert werden, entstehen lebensbedrohliche Notlagen.

Wirtschaftskriege können daher mehr Opfer fordern als militärische, besonders dann, wenn die USA und ihre Verbündeten ihre Gegner durch vollständige Blockaden zu strangulieren suchen und dabei Drittländer durch Androhung von sogenannten „sekundären" oder „extraterritorialen Sanktionen" zwingen, sich ihnen anzuschließen.

Strenge Wirtschaftsblockaden können zu Massenvernichtungswaffen werden. So kostete das umfassende Embargo gegen den Irak von 1990 bis 2003, einer Untersuchung des UN-Kinderhilfswerks UNICEF zufolge, ca. 500.000 Kindern das Leben. Insgesamt starben mehr als eine Million Iraker an dessen Folgen. Wissenschaftler sprachen daher von „Massenvernichtungssanktionen".

Der „stille Tod"

Auch wenn die aktuellen Handels- und Finanzblockaden gegen Länder wie Syrien, Iran, Venezuela oder Kuba bisher noch nicht so verheerend wirken wie das Irakembargo, so töten ohne Zweifel auch sie. So forderten die US- und EU-Sanktionen gegen Venezuela nach Schätzungen des Washingtoner Forschungsinstituts *Centre for Economic and Policy Research (CEPR)* bereits zwischen 2017 und 2018 ungefähr 40.000 Menschenleben.

Auch im Iran hatten die Blockademaßnahmen der USA, die ab 2018 wieder verschärft wurden, schon Ende 2019 zu massiven Versorgungsengpässen mit lebensnotwendigen Güter, inklusive Medizin geführt. Die Politik der Trump-Administration des „maximalen Drucks" auf die Islamische Republik, stelle, so *Human Rights Watch*, „eine ernsthafte Bedrohung für das Recht der Iraner auf Gesundheit und ihren Zugang zu lebensnotwendigen Medikamenten" dar.

Die Situation in Syrien ist noch wesentlich dramatischer. Den Recherchen des UN-Sonderberichterstatters über negative Folgen einseitiger Zwangsmaßnahmen, Idriss Jazairy, zufolge, sind hier die Auswirkungen der Wirtschaftsblockaden der USA und der EU auf die Bevölkerung mittlerweile schlimmer als die des Krieges. Ihre Opfer sterben nur „einen stillen Tod". Der vor kurzem verstorbene algerische Menschenrechtsexperte widersprach daher auch entschieden, der von Befürwortern oft vorgebrachten Rechtfertigung, „Sanktionen" seien eine „gewaltlose Alternative zum Krieg".

Wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen zur Durchsetzung politischer Ziele, wie auch im Fall von Iran, Kuba und Venezuela, stünden zudem in eklatantem Widerspruch zu Menschenrechten und Normen der internationalen diplomatischen Beziehungen.

„Wenn eine Großmacht ihre dominante Position im internationalen Finanzgefüge sogar gegen ihre eigenen Verbündeten verwendet, um souveränen Staaten wirtschaftliche Schwierigkeiten zu bereiten", erklärte er mit Blick auf das US-amerikanische „Helms-Burton-Gesetz" gegen Kuba, „verstößt das gegen das Völkerrecht und untergräbt zwangsläufig die Menschenrechte."

Es sei auch „schwer nachzuvollziehen, wie Maßnahmen, die die Wirtschaft Venezuelas zerstören", darauf „abzielen könnten, dem venezolanischen Volk zu helfen", strich der UN-Experte die Absurdität der westlichen Rechtfertigung für ihre Blockadepolitik gegen Venezuela heraus.

Westliche Politik gegen UN-Vollversammlung

Während sie im Westen dennoch kaum in der Kritik stehen, werden die einseitigen Zwangsmaßnahmen von der überwiegenden Mehrheit der UN-Mitgliedstaaten seit langem grundsätzlich verurteilt. Bereits 1991 forderte die UN-Vollversammlung in einer Resolution die internationale Gemeinschaft auf, „dringende und wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um die Anwendung einseitiger wirtschaftlicher Zwangsmaßnahmen durch einige Industrieländer gegen Entwicklungsländer zu unterbinden", die darauf zielten, Einfluss auf die souveränen Entscheidungen der betroffenen Länder zu nehmen. Zuletzt verabschiedete der zweite Ausschuss der UN-Vollversammlung im November 2019 erneut eine entsprechende Resolution.

Solche einseitigen ökonomischen Maßnahmen seien, so der Tenor aller Resolutionen, nicht von UN-Organen autorisiert, verstießen gegen internationales Recht und die Charta der Vereinten Nationen. Sie widersprächen den Normen und Grundsätzen für friedliche Beziehungen zwischen Staaten und den Grundprinzipien des multilateralen Handelssystems.

Durch die Blockierung des Außenhandels eines Landes, das für sein Überleben auf diesen angewiesen ist, so das gängige Urteil von Völkerrechtlern, wird das Leben der Zivilbevölkerung als Ganzes bedroht. Umfassende ökonomische Blockaden sind daher unabhängig von ihrer Begründung, schwere Menschenrechtsverletzungen. Sie beinhalten insbesondere die Missachtung des Rechts auf Leben, sowie auf angemessene Ernährung und Gesundheitsversorgung. Sie sind zudem auch eine Form kollektiver Bestrafung, die in völligem Gegensatz zu den Grundprinzipien des Rechts steht.

Blockaden in Zeiten von Corona – ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Die weltweite Verbreitung von COVID-19 hat die völkerrechtswidrige und

unmoralische Praxis der einseitigen Wirtschaftsblockaden so deutlich wie nie ans Licht der Öffentlichkeit gezerrt. Den damit konfrontierten Ländern, vor allem der Iran, Venezuela, Kuba, Syrien und Jemen, wurde durch sie massiv erschwert, Schutzmaßnahmen zu ergreifen und ihr Gesundheitssystem für die Zunahme von Erkrankungen vorzubereiten.

Zahlreiche Länder, internationale Institutionen und Persönlichkeiten, wie u.a. die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Michelle Bachelet und Jazairys Nachfolgerin, die weißrussische Völkerrechtlerin Alena Douhan,, fordern, die „Sanktionen" wenigstens während der Pandemie auszusetzen. „Jetzt ist Zeit für Solidarität, nicht für Ausschluss", endete UN-Generalsekretär António Guterres seinen Appell an Washington und die EU.

Doch ungeachtet dieser Aufrufe und allen eigenen Bekundungen zur internationalen Solidarität in Zeiten von Corona zum Trotz, halten die Regierungen der USA und der EU-Staaten unbeirrt an ihren Blockademaßnahmen fest.

Während Kuba in 27 Länder Ärzteteams zur Unterstützung im Kampf gegen das Coronavirus entsandte, verschärft die Trump-Administration die seit 60 Jahren andauernde Blockade gegen das Land weiter. Auch gegen Syrien werden die Zwangsmaßnahmen mit dem *„Caesar-Gesetz zum Schutz der syrischen Bevölkerung"* ausgeweitet. Dabei benötigt das Land nichts dringender, als umfangreiche internationale Unterstützung beim Wiederaufbau der Infrastruktur und des Gesundheitssystems sowie der Versorgung der Bevölkerung.

Bundestagsmehrheit mit Grünen für Blockaden

Bereits unter normalen Umständen menschenverachtend, stellen die Wirtschaftsblockaden in dieser Situation eindeutig ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar. Ein Antrag der Linksfraktion im Bundestag, der die Bundesregierung aufforderte, „sich auf internationaler Ebene und in der EU für die sofortige Beendigung aller einseitigen Wirtschaftssanktionen, die die jeweilige Bevölkerung treffen, einzusetzen und so den betroffenen Staaten einen effektiven Kampf gegen die Corona-Pandemie zu ermöglichen," wurde von den Regierungsparteien gemeinsam mit den Grünen ohne längere Debatte abgeschmettert.

„Die Welt nach der Pandemie sollte eine Welt der internationalen Solidarität sein – ohne unilaterale Zwangsmaßnahmen", so der Menschenrechtsexperte De Zayas. „Jetzt ist der richtige Zeitpunkt für die internationale Gemeinschaft, die in der Uno-Charta enthaltenen Prinzipien des Multilateralismus zu bekräftigen und zu fordern, dass unilaterale Zwangsmaßnahmen, die Tod und Leid verursachen, vom Internationalen Strafgerichtshof als Verbrechen gegen die Menschheit verurteilt werden.

Deutschland mit Europa: Für ein Ende der Blockade gegen Kuba

Aufruf zum Unterzeichnen auf change.org - Erstunterzeichner u.a. Fatih Akin, Rolf Becker, Noam Chomsky, Hanna Schygulla, Margarethe von Trotta, Konstantin Wecker und Jean Ziegler

Wir sind eine Gruppe Deutscher, die im Kultur- und Wissenschaftsbereich in Kuba tätig sind, und seit Jahren mit ansehen müssen, wie das US-Embargo die Lebensbedingungen der Menschen hier ständig verschlechtert. Während internationale Medien das Land für seinen erfolgreichen Einsatz gegen die Pandemie loben - zuletzt auch die New York Times - und eine internationale Kampagne die kubanischen Ärztemissionen für den Friedensnobelpreis vorschlägt, setzen die USA Kuba auf eine Liste von "Terrorstaaten" und behindern massiv die Lieferungen von Medikamenten, Rohstoffen für die Impfstoffentwicklung sowie medizinischen Hilfsgütern an die kubanische Bevölkerung. Aber nicht nur das: Die US-Regierung versucht mit allen Mitteln, Kuba im Windschatten der Coronakrise in die Knie zu zwingen, indem sie Druck auf Länder ausübt, auf kubanische Ärztemissionen zu verzichten, und Geldüberweisungen der im Ausland lebenden Kubaner an ihre Familien unterbindet - die wichtigsten Devisenquellen, die der Insel noch verbleiben.

Die kubanische Bevölkerung leidet seit 60 Jahren unter dieser längsten Blockade der Geschichte. Die UNO und EU wie auch die Bundesregierung verurteilen sie seit langem als völkerrechtswidrig, ohne dass dies irgendwelche Konsequenzen hätte.

Im Gegenteil: deutsche und europäische Banken wie Unternehmen unterwerfen sich den unmenschlichen US-Sanktionen, um ihre wirtschaftlichen Interessen in den USA nicht zu gefährden. Und nun will BMZ-Minister Müller laut Presseberichten auch noch die Entwicklungszusammenarbeit mit Kuba streichen - und damit die Blockadepolitik de facto verstärken. Damit muss endlich Schluss sein! Helfen wir der kubanischen Bevölkerung, so wie ihre Ärzte und Wissenschaftler der Welt helfen!

Über alle parteipolitischen Grenzen hinweg ruft die US-Blockade gegen Kuba weltweit Empörung hervor. Immer mehr Staaten, Institutionen und Persönlichkeiten fordern die sofortige Einstellung der Sanktionen, darunter der UN-Generalsekretär António Guterres, die UN-Kommissarin für Menschenrechte Michelle Bachelet, der argentinische Präsident Alberto Fernández, Papst Franziskus, Hoher Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsident der EU Kommission Josep Borrell, US-Kirchenverbände, eine Experten-Kommission des UN-Menschenrechtsrats sowie US-Senatoren und Kongressabgeordnete beider Parteien.

In diese weltweite Bewegung reihen wir uns ein und appellieren an die deutsche Regierung, die Entwicklungszusammenarbeit mit Kuba nicht zu streichen und sich, insbesondere während ihrer EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020, aktiv für eine Aufhebung der illegalen Blockadepolitik einzusetzen, europäische Akteure auf Kuba mit der EU-Verordnung von 1996 effizient vor US- Sanktionen zu schützen und allen Kubanerinnen und Kubanern uneingeschränkten Zugang zum wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und künstlerischen Austausch zu ermöglichen.

US-Sanktionen gegen Staaten, die Ärzte aus Kuba einstellen?

von Edgar Göll, Portal amerika21)*

Foto: Kubanische Ärzte der Brigade Henry Reeve in Italien Quelle: Radiorebelde.cu

Im US-Kongress haben republikanische Hardliner gegen Kuba eine Gesetzesvorlage eingereicht, mit der Druck auf Länder ausgeübt werden soll, die kubanisches Medizinpersonal beschäftigen. Der Entwurf stammt von den Senatoren Rick Scott (Florida), Marco Rubio (Forida) und Ted Cruz (Texas) und hat den Titel "Dem kubanischen Regime Profite abschneiden" (Cut Profits to the Cuban Regime Act).

Scott erklärte dazu: "Kuba benutzt jetzt die Coronavirus-Pandemie, um auf Kosten dieser Ärzte Gewinne zu erzielen". Und: "Jedes Land das Kuba um medizinische Hilfe bittet, unterstützt den Menschenhandel".

Der Entwurf sieht vor, dass das US-Außenministerium die Liste der Länder veröffentlicht, die kubanische medizinische Missionen beauftragen. Diese soll dann bei der Entscheidung über die Bewertung im Jahresbericht über den Menschenhandel verwendet werden. Die betreffenden Staaten sollen nur dann von Sanktionen verschont bleiben, wenn sie die Gehälter der Fachkräfte direkt bezahlen, die Verträge öffentlich machen und keine zusätzlichen Zahlungen an Kuba für ihre Arbeit leisten.

Das Gesetzesprojekt ist die jüngste in einer Reihe von Maßnahmen im Kongress und seitens der US-Administration, die darauf gerichtet sind, die Gesundheitsmissionen Kubas auf globaler Ebene zu diskreditieren und letztlich auch der kubanischen Regierung die Mittel zu entziehen, die daraus stammen.

Die Auslandsmissionen sind neben ihrem humanistischen Gehalt auch ein wichtiger ökonomischer Faktor für Kuba. Das im Ausland eingesetzte Gesundheitspersonal erhält in Kuba eine kostenlose hochqualifizierte Ausbildung. Die Beteiligten unterschreiben einen Vertrag mit dem Gesundheitsministerium, mit dem sie sich freiwillig bereit erklären, ihre Einkünfte mit dem kubanischen Staat zu teilen. Sie bekommen einen Teil der Vergütungen ausgezahlt, während mit dem anderen das Gesundheitswesen im eigenen Land mitfinanziert wird. Ihr Verdienst ist indes deutlich besser als der ihrer Kollegen auf der Insel. Zudem bleiben ihre Arbeitsplätze erhalten und die Aufwendungen für Verpflegung, Wohnung, Transport und Krankenversicherung werden übernommen.

Humanitäre Hilfe oder „Zwangsarbeit“?

Die Regierung von US-Präsident Donald Trump versucht dieses kubanische Verfahren zu skandalisieren. Senator Rubio bezeichnet es als "eine Form des modernen Menschenhandels" und Außenminister Mike Pompeo als "Zwangsarbeit“. Er forderte zudem die Panamerikanische Gesundheitsorganisation auf, ihre Rolle als Vermittler bei der Einstellung kubanischer Ärzte für Brasilien zu erklären.

Gegenwärtig sind etwa 30.000 kubanische Gesundheitsfachkräfte in 59 Ländern im Ausland tätig und werden für ihre Arbeit durchweg gelobt.

Im Rahmen von Anfragen weiterer Regierungen hat Kuba aktuell rund 3.000 medizinische Mitarbeiter in 28 Länder entsandt, um die Covid-19-Pandemie zu bekämpfen.

Ärztebrigade „Henry Reeve“ verdient Friedensnobelpreis

Kürzlich wurde eine internationale Kampagne gestartet, der kubanischen Ärztebrigade Henry Reeve für ihre Arbeit den Friedensnobelpreis zu verleihen.

In den verschiedenen Begründungen heißt es, dass die Brigade derzeit mit 26 Arbeitsgruppen in 24 Ländern gegen Covid-19 im Einsatz sei. Demnach habe sie bisher 26.080 Patienten behandelt und 976 Menschen das Leben gerettet.

Henry Reeve war ein US-amerikanischer Brigadegeneral, der im zehnjährigen kubanischen Freiheitskrieg 1868 bis 1878 gegen die spanische Armee kämpfte, wobei er nach bereits früheren schweren Verletzungen 1876 ums Leben kam.

2005 schuf Fidel Castro das *Henry Reeve International Contingent of Doctors,* das auf Katastrophen und schwere Epidemien spezialisiert ist, zu seinen Ehren. Das 2005 erfolgte Angebot Kubas an die USA, mehr als 1500 Ärzte zur Unterstützung der Opfer des Hurricanes Katrina zu schicken, wurde abgelehnt.

FJ / Wikipedia dt./eng.

Das internationale Kontingent von medizinischem Personal, das auf Katastrophensituationen und schwere Epidemien spezialisiert ist, hat seit 2005 mehr als 3,5 Millionen Menschen in 21 Ländern akute Katastrophenhilfe geleistet. Aufsehen erregte der Einsatz gegen die Ebola-Pandemie in Westafrika 2014-2015, als die Brigade dort mit mehr als 400 Ärzten und Gesundheitspersonal im Einsatz war. Die Brigade Henry Reeve ist nur ein Teil des erfolgreichen kubanischen Gesundheitssystems, das vom Gesundheitsministerium koordiniert wird und mehr medizinisches Fachpersonal ins Ausland entsandt hat als die gesamte Weltgesundheitsorganisation (WHO).

**) Quellenangaben siehe: www.fj.frieden-und-zukunft.de*

In eigener Sache: Meinungsverschiedenheiten zur Coronakrise

von der Redaktion des Friedensjournals zum Schwerpunktthema der letzten Ausgabe

Zum Schwerpunkt des letzten Friedensjournals gab es einige Zuschriften und Diskussionen, was uns aber nicht überrascht hat. Wir möchten zu der anhaltenden Debatte über das Ausmaß der Pandemie, die Verhältnismäßigkeit der getroffenen Maßnahmen und diverse Nebenwirkungen folgendes festhalten:

Noch viele offene Fragen

Bis heute sind wir erst schrittweise auf den Weg von plausiblen Hypothesen zu sicheren Erkenntnissen. Dieses betrifft so unterschiedliche Fragen wie die Ursprünge des Virus, d.h. die Mutation und Übertragung auf den Menschen, die detaillierten Umstände der Übertragung von Mensch zu Mensch, sowie die gesundheitlichen Risiken und Risikogruppen.

Die staatliche Politik hat in dieser Situation eines mangelnden Wissensstandes weltweit sehr unterschiedlich darauf reagiert. Welche Maßnahmen dabei verspätet, fehlerhaft oder unnötig waren, wird sich erst im Laufe der Zeit schrittweise erschließen. Aber auch dann werden letztlich noch unterschiedliche Interpretationen nebeneinander stehen bleiben müssen.

Naturwissenschaften: Erkenntnisse respektieren

Die naturwissenschaftliche Komplexität des Themas ist durchaus vergleichbar der seit Jahrzehnten anschwellenden Diskussion über die globale Erwärmung. Unzählige Wissenschaftler aus verschiedenen Disziplinen und Spezialisierungen haben hier letztlich mit Modellierungen einen Minimalkonsens erstellt, was an globaler Temperaturerhöhung vertretbar und an Maßnahmen zum Klimaschutz notwendig ist. Für viele Wissenschaftler ist die Lageeinschätzung aber viel dramatischer, während andererseits immer noch einzelne Wissenschaftler den Klimawandel unbeirrt infrage stellen.

Das heißt: Es geht hier nicht um "eigene" Meinungen, sondern um den Respekt gegenüber relativ sicherer naturwissenschaftlicher Erkenntnis.

Gibt es „richtige“ Sicherheitskonzepte?

Zur Vorbereitung von künftigen Pandemien dieser Art sind Sicherheitskonzepte notwendig, die auf Risikoeinschätzungen beruhen. Entscheidend ist dabei, ob global vorhandene Erkenntnisse tatsächlich umfassend berücksichtigt werden. Doch auch das schließt nicht aus, dass diese aufgrund späterer Erkenntnisse in Teilbereiche als überzogen oder unzureichend beurteilt werden müssen.

Zu einem Sicherheitskonzept gehört auch immer, auf "Nummer Sicher" zu gehen, soweit dieses vertretbar ist. Dieses betrifft z.B. solche Maßnahmen wie Gesichtsmasken. Hier gibt es einerseits keine gesicherten wissenschaftliche Erkenntnis zum tatsächlichen Nutzen als kausalen Zusammenhang, aber aufgrund von Studien Hinweise darauf, dass eine Korrelation von Gesichtsmasken und Infektionsschutz vorhanden ist.

Es ist selbstverständlich, dass Beiträge im Friedensjournal nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben müssen. Entscheidend ist für die Redaktion aber, dass ein direkter Dialog mit dem Autor bzw. der Autorin möglich ist. Da Joachim Guilliard in der Friedensbewegung einen guten Ruf hat, ist hier nicht nur seine berufliche Kompetenz in medizinischer Statistik relevant gewesen, sondern auch sein konstruktiver Dialog mit anderen Akteuren, die teilweise andere Meinungen vertreten, wie Winfried Wolf in der von ihm herausgegebenen Massenzeitung FaktenCheck Corona, auf die wir in dieser Ausgabe des Friedensjournals auch hingewiesen haben.

Diskussionskultur als Herausforderung

Die Heftigkeit der Auseinandersetzung wirft die Frage nach der Diskussionskultur auf. Prinzipiell versuchen wir in der Redaktion des Friedensjournals gemeinsame Standpunkte innerhalb der Friedensbewegung in den Vordergrund zu stellen. Gleichzeitig können wir nicht alle unterschiedlichen Standpunkte wiedergeben. Wir müssen aber darauf eingehen, wenn dabei die vorhandenen Gemeinsamkeiten in den Hintergrund rücken, was für uns alle schädlich ist. In diesem Sinne haben wir die Beiträge von Rolf Gössner und Daniela Dahn aus spezifischen Blickwinkeln zum Corona-Lockdown platziert, die auch ausnahmslos Zustimmung gefunden haben.

Auszug aus einer Stellungnahme des Bundesausschusses Friedensratschlag:

- Aktion „Atombomber? Nein Danke!“ unterstützen!

- US-Atombomben aus Büchel abziehen!

- Bundeswehr abrüsten!

Das Vorhaben des Verteidigungsministeriums, im kommenden Jahrzehnt über die Hälfte der gealterten deutschen Luftwaffe durch neue Kampfflugzeuge zu ersetzen, ist unbegründet und rausgeschmissenes Geld. Die NATO verfügt derzeit nach Recherchen des NATO-nahen International Institute for Strategic Studies über 6.227 Kampfflugzeuge (davon allein 2. 346 in Europa), ihr Gegenüber, die von Russland geführte Organisation des Vertrags über Kollektive Sicherheit (OVKS) über gerade 1.638. [...]

Das Nichtersetzen spart ca. 20 bis 25 Milliarden Euro Anschaffungskosten und zudem 80 Milliarden Euro für den Betrieb. […] 30 der neuen Kampfjets sind für die Aufrechterhaltung der sogenannten technisch-nuklearen Teilhabe der NATO vorgesehen. [...]

Es ist sehr begrüßenswert, dass der SPD-Fraktionsvorsitzende Dr. Rolf Mützenich und Teile der SPD-Führung sich gegen die Fortsetzung der technisch-nuklearen Teilhabe ausgesprochen haben. Sie haben in dieser Frage unsere Solidarität verdient. Darum unterstützt der Bundesausschuss Friedensratschlag die Aktion „Atombomber? Nein Danke!“ von ICAN Deutschland, die dazu auffordert, einen an Rolf Mützenich und den SPD-Fraktionsvorstand gerichteten Brief zu unterzeichnen:

https://weact.campact.de/petitions/atombomber-nein-danke

FRIEDENSBLÄTTER

für die Friedensbewegung in Baden-Württemberg

Seite des Friedensnetzes und Fördervereins Frieden e.V. Baden-Württemberg
Kontakt:
Spreuergasse 45, 70372 Stuttgart
0711 6368240 / buero@friedensnetz.de

Foto: Ostermarsch 2014 vor dem Africom in Stuttgart, Quelle: Flickr

"Kasernen zu Wohngebieten"

Zur Debatte über einen Abzug von US-Truppen

Die Wochenzeitung KONTEXT: berichtete in ihrer Ausgabe vom 17.6. (www.kontextwochenzeitung.de) über Begehrlichkeiten für die militärischen Liegenschaften des US Militärs in Stuttgart durch den dortigen Vorsitzenden des Mietervereins. Rolf Gaßmann verwies darauf, dass neben Eucom und Africom in Stuttgart auch die Robinson Baracks vorhanden sind, als Wohngebiet für US-Angehörige. Des weiteren nannte er weitere Konversionsflächen in Stuttgart, die überwiegend für den Wohnungsbau verwendet wurden. Auch aus anderen Städten gibt es zahlreiche Beispiele früherer US-amerikanischer, französischer und deutscher Militärstandorte, so vor allem aus Heidelberg, Mannheim, Tübingen und Ludwigsburg.

Natürlich ist es aufgrund der Unberechenbarkeit der US-Politik spekulativ, ob dieses tatsächlich, an welchen Standorten und in welchem Umfang erfolgt. Die Debatte zeigt jedoch, dass die Liegenschaftskonversion für die Friedensbewegung wieder stärker auf die Agenda gesetzt werden muss. Dieses kann man indirekt auch an den zurückliegenden Protesten gegen das Großmanöver DEFENDER Europe 2020 festmachen. Mannheim war dabei eine logistische Drehscheibe. Das erklärt auch, warum dort die bereits 2010 angekündigte Räumung der Coleman Barracks bis 2015 nur kurzfristig bei der Bundesanstalt für Immobilien (BIMa) als Konversionsfläche zur Vermarktung anstand. Kommunale Ideen für eine Nachnutzung, für das sogar ein Konversionsbüro eingerichtet wurde, mussten schnell wieder beiseite gelegt werden, da die US Army Anfang 2015 beschloss, das Gelände für Panzer-Instandhaltung neu zu nutzen. Dass hierfür tatsächlich ein Bedarf besteht, ist die Konsequenz aus immer häufigeren Manövern in Osteuropa mit entsprechendem Materialverschleiss.

Skepsis ist deshalb auch bei anderen Standorten angebracht, wenn diese von einem Teilabzug von US-Streitkräften betroffen sein sollten.

Schließlich ist man auch bei der Bundeswehr mittlerweile bestrebt, Alt-Standorte zu reaktivieren.

Sicher ist nur: Kommt es nun tatsächlich zu einem teilweisen US-Truppenabzug, dann wären auch Großmanöver in Art und Umfang wie DEFENDER Europe 2020 als Drohkulisse gegen Russland nicht mehr möglich. Der Widerstand gegen Großmanöver und neue Militarisierung wird uns deshalb auch im nächsten Jahr regional beschäftigen. *(KP)*

KSK der Bundeswehr auflösen!

Zum Spezialkommando der Bundeswehr in Calw

Das KSK ist nicht reformierbar. Die geheim agierende, kampforientierte ‚Elitetruppe' zieht Rechte regelrecht an. Die Fehler beim KSK sind also systemischer Natur, die Einheit muss deshalb aufgelöst werden! Dass sich dort ein offensichtlich schwer durchschaubares, rechtes Netzwerk gebildet hat, ist auch das Ergebnis jahrelangen Wegsehens, mangelnder Transparenz und Fehlentscheidungen im Verteidigungsministerium.

Die Zeiträume zwischen dem Bekanntwerden rechter Vorfälle beim KSK werden immer kürzer. Nun hat ein Hauptmann die Zustände dort in einem Brief an die Ministerin geschildert. Demzufolge ist insbesondere der Bereich der KSK-Ausbildung geprägt von erzwungenem Kadavergehorsam und über das Bild der Inneren Führung weit hinausgehenden Methoden. Das KSK scheint an wichtigen Stellen durchsetzt von Angehörigen der rechten Szene. Wir fordern wie der Hauptmann eine externe Untersuchung der Vorgänge.

Am Ende wird es aber nicht genügen, einzelne neonazistische Akteure aus dem KSK zu entfernen, um das Problem in den Griff zu bekommen. Der KSK-Hauptmann erwähnt in seinem Brief ein Geflecht direkt involvierter Firmen und Vereine von Lebensgefährtinnen der KSKler. All das erinnert stark an den Verein Uniter, der Teil des rechtsterroristischen Hannibal-Netzwerks ist und paramilitärische Trainings durchführte. Das zeigt, dass hier bei weitem noch nicht alles aufgeklärt ist.

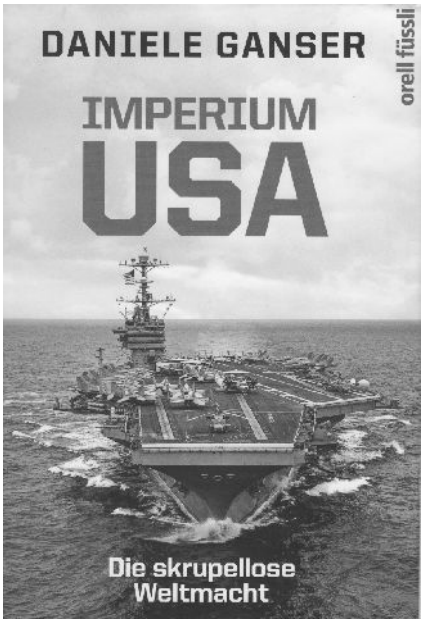
Jüngst wurde außerdem bekannt, dass ein MAD-Mitarbeiter geheime Informationen zum Waffenlager von Philipp Sch. an einen KSK-Soldaten weitergab. Die Vorgänge erinnern sehr stark an einen Fall vor drei Jahren: Der MAD-Mitarbeiter Peter W. warnte seinerzeit mutmaßlich den damals noch beim KSK aktiven André S. (alias „Hannibal") vor Razzien.

Eine Reformierung ist unter diesen besorgniserregenden Zuständen nicht möglich. Es macht kaum Sinn, für das KSK Veränderungsvorschläge vorzulegen. Das Kommando Spezialkräfte muss aufgelöst werden.

Tobias Pflüger

Bildungsmaterial zur Geschichte der USA als Weltmacht

Imperium USA – Die skrupellose Weltmacht, von Daniele Ganser, Verlag orellfüssli , 1. Auflage April 2020, ISBN-Nr. 978-3-280-05708-7, 384 Seiten, 25 Eur



Daniele Ganser liefert mit "Imperium USA" eine logische Forsetzung seiner vorausgegangenen Bücher. Sein erstes Buch über die NATO-Geheimarmeen in Europa beinhaltete auch die Rolle der CIA bei den von ihm beschriebenen verdeckten Operationen. Im zweiten Buch "Europa im Erdölrausch" ging es zwar weniger um die USA, jedoch hatte auch der imperiale Aufstieg der USA sehr viel mit Erdöl zu tun. Sein Buch "Illegale Kriege" ist im wesentlichen - aber nicht nur - eine Abrechnung mit der US-Außenpolitik.

„Imperium USA“ beschreibt nun die Geschichte der militärischen Expansion, angefangen von der gewaltsamen Westerweiterung des eigenen Territoriums durch den Krieg gegen Mexiko und den schrittweisen Raub des Territoriums der indianischen Ureinwohner, bis zu der imperialen Ausdehnung ab Ende des 19. Jahrhunderts durch die Besetzung Kubas, Hawaiis und der Philippinen.

Aktuell ist die den politischen Diskurs dominierende Frage zu den USA: Wieso gibt es dort (noch) so viel Rassismus? Da die bereits genannte territoriale Erweiterung nur mit strukturellem Rassismus möglich war, ebenso wie der Werdegang der USA von der Gründung bis 1865 als Sklavenhalterstaat, liefert das Buch auch (nebenbei) darauf schlüssige Antworten.

Die Darstellung der imperialen Politik des 20. Jahrhunderts kann natürlich trotz des Umfangs von 384 Seiten nur sehr knapp und konzentriert erfolgen. Daniele Ganser gelingt dieses hervorragend im Sinne einer populärwissenschaftlichen Darstellung. Die hierbei notwendigen Vereinfachungen führen leider an mehreren Stellen auch zu Ungenauigkeiten, diskussionsfähigen Bewertungen und kleineren Fehlern. Beispielsweise wird die Schuldfrage zum ersten Weltkrieg von ihm sehr schwammig dargestellt, was hinter dem zurückfällt, was vor und im Gedenkjahr 2014 an Auseinandersetzungen mit dem neuen Geschichtsrevisonismus (Stichwort: Christopher Clarks Buch "Die Schlafwandler") erfolgte. Allerdings geht es hier ja um die Rolle der USA in diesem Kontext, wo einige Wissenslücken von Daniele Ganser geschlossen werden können.

Auch ungeklärte Ereignissen der jüngeren Geschichte werden in sich schlüssig dargestellt. So zum offiziell nie aufgeklärten Mord an den US-Präsidenten John F. Kennedy 1963. Die Recherchen anderer Autoren zusammenfassend wird von Daniele Ganser schlüssig der bei Kennedy in Ungnade gefallene CIA-Chef Allen Dulles als Hintermann benannt. Zum 11. September 2001 werden diejenigen Punkte kompakt zusammen gefasst, die als sichere Erkenntnisse im Widerspruch zur offiziellen Version stehen. Dazu erfolgt der ausdrückliche Hinweis, dass eine unabhängige Untersuchung der Hintergründe nach wie vor geboten ist.

Bei der Iran-Contra-Affäre in den 80er Jahren hingegen handelte es sich um eine weitestgehend offiziell aufgeklärte Verschwörung. Diese hat bei Daniele Ganser natürlich auch ihren Platz und ist als Beispiel dafür anzusehen, was heute bereits weitgehend in Vergessenheit geraten ist, trotz der damaligen innenpolitischen und weltweiten Erschütterungen dieser Affäre.

Völlig in Vergessenheit geraten ist hingegen, dass bereits in den 30er Jahren in den USA ein Whisteblower (nach heutiger Begrifflichkeit) für großes Aufsehen sorgte: Smedley Butler nahm zu Anfang des 20. Jahrhunderts an mehreren Kriegen der USA teil und galt als Kriegsheld. Mehrere Jahre nachdem er seinen Dienst quittiert hatte, brachte er in einem Buch und mit anschließenden Vortragsreisen nicht nur US-Kriegsverbrechen, sondern auch Hintergründe für Kriege und deren Profiteure an die Öffentlichkeit. Denn eine nach außen gerichtete imperiale Politik ist nur durchsetzbar, wenn die eigene Bevölkerung über die Rolle des Militärs im unklaren gelassen wird. Dass Daniele Ganser dieses aus der Vergessenheit ruft, hat mit seinem Anliegen zu tun, das er an mehreren Stellen formuliert, nämlich zur Stärkung der internationalen Friedensbewegung beizutragen.

Doch wie geht man in den Mainstream-Medien mit einem Buch um, das bereits nach mehreren Wochen (Erscheinungsdatum: 24.4.2020) zum Bestseller geworden ist und nicht die transatlantischen Narrative bedient? Am einfachsten durch Verschweigen, was sich jedoch nicht immer vermeiden lässt. In der ARD-Sendung „Druckfrisch“ musste Denis Scheck am 24.5.2020 jedoch zwangsläufig dieses Buch bei seinem Durchgang der Top Ten Sachbuch kommentieren (nachzulesen in der ARD-Mediathek):

"Platz 3: Daniele Ganser – 'Imperium USA' - Eine absolut toxische Mischung von Wahrem und Falschem präsentiert der selbsternannte Schweizer ‚Friedensforscher‘ Daniele Ganser in diesem kruden Sachbuch, kulminierend in Verschwörungstheorien zu 9/11, der Ukraine und Wikipedia. Daniele Ganser ist ein Historiker aus der Schule Erich von Dänikens."

Festzuhalten ist aber dem gegenüber: Mit dem Buch ist es Daniel Ganser gelungen, vor allem für junge Leute in kompakter, leicht lesbarer Form geschichtliches Hintergrundwissen zu vermitteln. Dieses ist angesichts zunehmender Skepsis gegenüber der US-Politik bei ungebrochener transatlantischer Propaganda in den Medien auch zwingend notwendig.

Karl-Heinz Peil